



Wenn die Rente nicht für die Miete reicht

Nachricht von Matthias W. Birkwald, 16. Oktober 2017

Weil die Rente nicht für die Miete reicht, sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner auf Wohngeld angewiesen. Zusätzlich zu den 526.000 Älteren, deren Mieten und Nebenkosten von der Sozialhilfe finanziert werden, müssen mehr als 292.000 Rentner*innenhaushalte Wohngeld beantragen. Das sind 49,1 Prozent aller Wohngeldhaushalte.

"Mietenarmut ist vor allem Altersarmut", stellt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, anhand seiner Auswertung der aktuellen Wohngeldstatistik fest.

Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der reinen Wohngeld-Haushalte, also ohne rund 8.100 Rentner und Pensionäre, die in Mischhaushalten leben, um 42 Prozent gestiegen, in absoluten Zahlen von 419.000 Ende 2015 auf gut 595.000 im vergangenen Jahr. Bei der Gruppe der Rentnerinnen und Rentner fällt diese Zahl noch höher aus - sie stieg um 63 Prozent auf über 292.000. Ihr durchschnittliches Einkommen betrug 730 Euro.

90 Prozent der Rentnerhaushalte im Wohngeldbezug leben alleine. Überproportional betroffen sind alleinlebende ältere Frauen. Von den mehr als

290.000 Haushalten waren fast zwei Drittel ältere Frauen in Einpersonenhaushalten (167.501 von insgesamt 181.388). Bei den Männer bezogen 110.917 Wohngeld, von denen 86 Prozent alleine leben.

Wohngeld muss endlich jährlich angepasst werden

"Rentnerinnen und Rentner haben keine Möglichkeit ihr Einkommen zu verbessern. Deshalb treffen sie Mieterhöhungen und steigende Nebenkosten besonders hart", sagt Matthias W. Birkwald. Der Bund hat das Wohngeld zwar 2016 nachgebessert, aber davor das letzte Mal 2009. "Die erschreckenden Zahlen zeigen, dass die erstmalige Anpassung des Wohngeldes nach sieben Jahren Nichtstun überfällig war. Zukünftig muss das Wohngeld jährlich an die tatsächlichen Miet- und Nebenkosten angepasst werden", fordert Birkwald.

Der Rentenexperte geht zudem von einer hohen Dunkelziffer von Älteren aus, die aus Scham nicht aufs Sozialamt gehen. Etwa 800.000 Rentnerinnen und Rentnern könnten sich ihre Miete eigentlich nicht leisten. Deswegen brauche es endlich eine Diskussion um eine Mindestrente im Alter: "DIE LINKE wird auch in den kommenden vier Jahren für eine Mindestrente nach österreichischem Vorbild werben: Niemand darf im Alter von weniger als 1050 Euro leben müssen!"

Außerdem fordert DIE LINKE einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau, um den dringend benötigten Wohnraum mit dauerhaft bezahlbaren Mieten zu schaffen.